

Quo Vadis USA? – Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

10. November 2021

„Ein Jahr nach der Wahl: Scheitert die Biden-Präsidentschaft?“

Martin Thunert, HCA

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg; mein Name ist Anja Schüler. Es ist ziemlich genau ein Jahr her, dass Joe Biden und Kamala Harris ihren Sieg bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen verkünden konnten. Der neu gewählte Präsident und seine Nummer zwei versprachen Anfang November 2020, die USA mit besonnener Politik aus den Trump'schen Chaosjahren zu führen. Und in der Tat beeindruckte Joe Biden während der Anfangsphase seiner Präsidentschaft mit Entschlusskraft und schnellem Vorgehen. Ganz oben auf seiner nationalen Agenda standen die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Wirtschaftskrise, mehr Gerechtigkeit für benachteiligte Gruppen der amerikanischen Gesellschaft und eine Einwanderungsreform. Auf der internationalen Agenda fanden sich vor allem die Bekämpfung des Klimawandels und der Rückzug aus Afghanistan. Welche Punkte dieser Agenda konnte er bis jetzt umsetzen und wo hapert es? Darüber spreche ich heute mit Martin Thunert. Er ist mein Kollege hier am HCA, Senior Lecturer für Politikwissenschaft, und er war schon etliche Male zu Gast im HCA-Podcast. Willkommen zurück!

Martin Thunert: Ja, vielen Dank, Anja. Ich freue mich.

Anja Schüler: Zuletzt haben wir anlässlich von Bidens Amtseinführung im Januar über die Agenda des neuen Präsidenten gesprochen. Und in der Tat ist er dann ganz fulminant gestartet. Jetzt aber scheint es, als sei die Biden-Präsidentschaft in schweres Fahrwasser geraten. Seine Umfragewerte sind im Keller. Was ist denn da passiert?

Martin Thunert: Nun, im Keller heißt, sie sind tatsächlich seit dem Spätsommer nur noch marginal besser als die sehr schlechten Umfragedaten, die der Vorgänger Donald Trump zu diesem Zeitpunkt hatte. Und ich denke, das hatte mehrere Gründe. Um es kurz zu machen: Ich denke, am Anfang waren die Leute einfach sehr, sehr froh, das war auch der Grund für die Wahl, dass man Trump los war, der vor allen Dingen natürlich bei COVID geirrlichert ist. Und man hat gar nicht so sehr auf die Details der Biden-Agenda geguckt, auch nicht bei der Wahlentscheidung. Bis zur 100-Tage-Marke war das alles noch in Ordnung. Und dann fing aber Joe Biden an, seine eigene Agenda *en detail* vorzustellen. Und sie ist eben sehr, sehr teuer. Und ich glaube, er hat vielleicht sein Mandat überinterpretiert. Er wollte eine Umgestaltung der USA, im Inneren vor allen Dingen, die praktisch angelehnt ist an das, was Franklin Delano Roosevelt nach der *Great Depression* Anfang der 1930er Jahre vorhatte. Und möglicherweise ist das doch einigen Wählern zu ambitioniert. Und die Republikaner haben darauf, glaube ich, eine Antwort gefunden, haben gesagt, also

diese exzessive Geldausgabe, die bei den Plänen mit dabei ist und die zum Teil eben kontrovers ist, die wird die Inflation anheizen, und sie haben, glaube ich, jetzt das verbunden. Zudem kam die Delta-Variante in die Quere, die dann eben auch die COVID-Zahlen trotz der anfänglichen Erfolge wieder hat nach oben schießen lassen.

Anja Schüler: Gut, dann sprechen wir doch zunächst erst mal über die COVID-19-Situation, sein Versprechen, 200 Millionen Corona-Impfungen sozusagen in die Oberarme der Amerikaner zu bekommen in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit. Das hat Biden ja erfüllt. Aber dann, wie du gesagt hast, kam eben die Delta-Variante, das ließ sich ja auch nicht so unbedingt voraussehen.

Martin Thunert: Nein, aber er hat natürlich auch nicht in dem Umfang wie Trump gelogen, der zum Teil wissend gelogen hat. Aber er hat eben auch Dinge gesagt, wie „wenn ihr doppelt geimpft seid, werdet ihr nicht mehr auf die Intensivstation kommen“ und Ähnliches, was sich so nicht bewahrheitet hat. Und mittlerweile ist es so, dass tatsächlich in der Amtszeit von Joe Biden ein paar Tausend oder Zehntausend Leute mehr gestorben sind als im Jahr 2020. Und das, obwohl so viele geimpft sind. Also wir haben es jetzt mit grob 700.000 Toten zu tun. Das ist mehr als im amerikanischen Bürgerkrieg, der verlustreichste Krieg der USA in der Geschichte des Landes, und davon gehen jetzt auch schon über 350.000 auf das Konto von Joe Biden. Und das sind jetzt natürlich mittlerweile nicht mehr Trumps Tote, sondern seine Toten. Und das hat auch die Wirtschaft, den wirtschaftlichen Aufschwung, zurückgefahren. Die Arbeitsmarktdaten, die jetzt ganz zuletzt wieder etwas besser wurden, sind natürlich auch nicht so gut geworden. Und deswegen hat ihm tatsächlich auch COVID und die Hartnäckigkeit von COVID sicherlich auch einen Teil seiner Anfangseuphorie verhalet.

Anja Schüler: Ja, den wirtschaftlichen Aufschwung hast du jetzt eben gerade schon erwähnt. Das sah ja im Frühjahr noch ganz gut aus. Er war im vollem Gange und Biden wollte ihn durch umfangreiche Hilfspakete weiter beflügeln. Im Frühjahr gab es dann die Verabschiedung des knapp zwei Billionen schweren Hilfspakets. Das ist noch gelungen, aber gegen weitergehende Ausgaben für seine soziale Agenda und auch die soziale Agenda des linken Flügels der Demokraten gab es ja dann Widerstand, auch aus den eigenen Reihen. Um welche Programme geht es da genau? Welche Programme umfasst diese Gesetzgebung?

Martin Thunert: Also das erste Paket ist also sozusagen ein Corona-Rettungsplan, ein weiteres Corona-Rettungspaket, das erste gab es schon unter Trump. Und da war vieles relativ unkontrovers. Also es war unkontrovers, dass es massive zeitlich begrenzte Corona-Hilfen gab, so ähnlich wie in Deutschland. Da hätten auch die Republikaner zum Teil mitgemacht. Aber schon das erste Paket hatte einige Bereiche, wo dann die Maßnahmen, etwa zur Unterstützung von Familien und so weiter, auf Dauer gestellt werden. Das haben die Republikaner dann zum Vorwand genommen, trotzdem nicht dafür zu stimmen, obwohl sie bei vielen Dingen auch dafür waren. Aber damals hatte ja noch seine Partei, er hat ja nur ganz, ganz knappe Mehrheiten im

Senat, die allerknappst mögliche, 50:50, und dann eben die Stimme der Vizepräsidentin. Da hat er alle zusammen gehabt. Aber danach wurden auch die Maßnahmen gegen COVID kontroverser. Ähnlich wie in Deutschland sind also „mask mandates,“ also die staatliche Anordnung, Masken zu tragen, und noch mehr Zwangsimpfungen juristisch in den USA auch sehr sehr stark anfechtbar, und die bleiben kontrovers und arbeiten dann auch nicht zum Vorteil unbedingt der amerikanischen, der jetzigen amerikanischen Regierung. Der zweite Teil des Plans ist auch nicht so furchtbar kontrovers gewesen, nämlich die amerikanische Infrastruktur zu verbessern. Das wollte schon Trump, hat nicht geklappt unter Trump. Es ist unkontrovers, wenn man unter Infrastruktur Verkehrsinfrastruktur versteht. Und allerdings hatte das ursprüngliche Infrastruktur-Paket auch Maßnahmen, die auch in den Bildungsbereich gehen, die zu Rassismusbekämpfung beitragen sollten. Und da haben dann doch viele Republikaner oder fast alle eigentlich blockiert. Auch einige Demokraten. Deswegen ist jetzt ein abgespecktes Programm, was sich sehr sehr stark natürlich auf die Verkehrsinfrastruktur konzentriert, ist jetzt mit republikanischer Unterstützung, 13 im Repräsentantenhaus und auch einige Senatoren, ich glaub 19 im Senat, haben dafür gestimmt, ist jetzt durch den Kongress gegangen, nach einem langen innerparteilichen Hickhack bei den Demokraten. Und das dritte Paket, das ist das kontroverseste, darüber werden wir gleich noch sprechen, ist, es wird manchmal Sozialpaket genannt. Da geht es um eine Kombination aus umweltpolitischen, gesundheitspolitischen und auch sozialpolitischen Maßnahmen, die praktisch einen neuen, vom Bund gesteuerten amerikanischen Wohlfahrtsstaat bringen würden. Und da ist natürlich der Widerstand massiv, auch im eigenen Lager, weil das mit enormen Ausgaben, mehr Ausgaben als bisher verbunden ist.

Anja Schüler: Also wir haben ja eben schon drüber gesprochen: Dieses Infrastrukturpaket wurde nach langem Ringen letzte Woche verabschiedet. Kann man sagen, dass das so ein Durchbruch war für Bidens legislative Agenda? Lässt das hoffen für dieses dritte Paket, das du eben erwähnt hast?

Martin Thunert: Ich denke, es ist ein kleiner erster Schritt, es war dann aber auch nur noch die abgespeckte Version, die also nur noch im Volumen weniger als die Hälfte des ursprünglichen Pakets betrug, was die Ausgaben angeht. Aber Biden konnte zeigen, dass er in beiden Häusern republikanische Unterstützung bekommen. Sie wären sogar ohne die republikanische Unterstützung gescheitert, denn sechs Abgeordnete vom linken Flügel haben gegen das Paket im Repräsentantenhaus gestimmt und der Grund, warum sie dagegen gestimmt haben, ist, sie wollten es nur im Tandem mit dem von ihnen als viel wichtiger erachteten Sozialpaket verabschieden. Und da gibt es vor allem im Senat zwei Senatorinnen, also Frau Sinema aus Arizona und Herr Manchin aus West Virginia, denen die Ausgaben und auch das Paket selber viel zu umfangreich sind. Beide repräsentieren Staaten, die tendenziell eher zu den Republikanern tendieren, vor allen Dingen West Virginia. Aber auch im Repräsentantenhaus gibt es Demokraten, denen die Staatsverschuldung und damit die Inflationsgefahr zu hoch ist. Und jetzt, nach den Niederlagen der

Gouverneurswahlen vorige Woche, hat dann trotzdem Nancy Pelosi es geschafft, im Repräsentantenhaus eine Mehrheit für das reine Infrastrukturpaket, ohne dass die Abweichler bei dem Sozialpaket, ich weiß, das klingt alles jetzt furchtbar kompliziert, ist es auch in gewisser Weise, die haben noch keine feste Zusage der Gemäßigten, dass sie dem Sozialpaket in der jetzigen Form zustimmen würden. Die Abweichler, die Budget- oder die Haushaltsfalken, wenn ich es mal so nennen darf, haben jetzt gesagt, sie wollen eine unabhängige Schätzung über das Ausgabenprofil und auch den Beitrag zur Inflation von einem unabhängigen Gremium, dem Kongress, dem Haushaltsbüro des Kongresses haben. Und das soll nächste Woche vorliegen. Und erst, wenn ihnen diese Behörde sagt, eure Inflationssorgen sind vielleicht ein bisschen zu groß und es wird die Inflation nicht so stark antreiben und die Ausgaben werden auch das Haushaltsdefizit, die Verschuldung, nicht ins Gigantische treiben, dass sie dann vielleicht doch einer abgespeckten Version des Sozialpakets zustimmen. Und das wäre dann tatsächlich, glaube ich, ein echter Durchbruch. Und das würde auch dann, glaube ich, die innerparteilichen Streitigkeiten wieder etwas reduzieren. Wenngleich natürlich auch dieses Paket nicht den gesamten Plan des sogenannten *Green New Deal*, also was das Klima angeht, und auch nicht alle sozialpolitischen Maßnahmen, etwa bezahlter Elternzeit und so weiter, umfassen wird.

Anja Schüler: Ja, Stichwort Gouverneurswahlen, du hast es eben schon gesagt. Es gibt ja inzwischen auch Mitglieder der Demokratischen Partei, die einräumen, dass die Flügelkämpfe in der Partei, die du eben geschildert hast, auch ein Grund für das Debakel der Demokraten bei den Gouverneurswahlen in Virginia und New Jersey in der letzten Woche waren. Lass uns das noch mal kurz rekapitulieren. In Virginia gewann der Republikaner Glenn Youngkin die Gouverneurswahlen, vor allem mit Kritik an der Maskenpflicht und mit Kritik an umstrittenen Inhalten im Schulunterricht, das geht so ein bisschen Richtung Kulturkampf. Virginia ist ja letztes Jahr noch klar an Biden gegangen bei den Präsidentschaftswahlen. Ist das ein Warnsignal für das Weiße Haus?

Martin Thunert: Auf jeden Fall, aber ich denke, die Wahlniederlage hat mehrere Gründe. Diese Monate des internen Kampfes innerhalb der Demokratischen Partei und die wirklich für Leute, die jetzt nicht jeden Tag die Politik verfolgen, ich habe das eben versucht schon einigermaßen verständlich zu machen, wirklich nicht so ganz klar sind, um was es da eigentlich genau geht, die haben nicht geholfen. Aber ich glaube, in erster Linie ist das ein Warnsignal, weil es eine Absage an eine bestimmte Strategie der Demokraten ist, nämlich eine Landtagswahl, so müsste man es nennen, in eine Wahl gegen Donald Trump umzuwandeln, der gar nicht zur Wahl stand, in Virginia, auch nicht in New Jersey. Zu sagen, dass Youngkin ein Trump-Klon sei, das reicht einfach nicht mehr. Das hätte vielleicht vor einem dreiviertel Jahr noch gereicht, aber die Wähler fühlen sich da unterschätzt. Und deswegen glaube ich, wenn ich das so sagen darf, geht die Niederlage auch in Ordnung, weil [in Virginia] McAuliffe, also der Kandidat der Demokraten, ein Ex-Gouverneur, der jetzt wieder Gouverneur werden will, tatsächlich immer nur gesagt hat „ihr kriegt Donald Trump,

ihr kriegt Donald Trump.“ Und das, obwohl Trump kein einziges Mal in den beiden Staaten aufgetreten ist. Und dieser Herr Youngkin war klug genug, es sich einerseits zwar nicht mit der starken Trump-Basis der Partei zu verscherzen, denn das wäre politischer Selbstmord zurzeit bei den Amerikanern. Aber er sprach eben auch Themen an, die nicht nur im ländlichen Virginia, der Hochburg seiner Partei, gut ankamen, sondern auch bei Teilen der weißen Mittelschicht im Speckgürtel von Washington, also im Norden von Virginia. Und da sind es vor allen Dingen Bildungsfragen. Es sind, glaube ich, Bildungsfragen, die man als Kulturkampf durchaus bezeichnen kann. Die Frage, wie Rassendiskriminierung, die Sklaverei in den Schulen gelehrt werden soll. Aber es geht auch um schulorganisatorische und Schulleistungs-, Schulperformanzfragen. Und da konnten sich erfolgreich die Demokraten an die relativ bei Eltern jedenfalls unbeliebten Lehrgewerkschaften sozusagen anheften. Und das zusammen, glaube ich, hat landespolitisch dann auch den Ausschlag gegeben, dass er genau diese Wählerinnen und Wähler der übrigen weißen Mittelschicht, die sich von Republikanern abgesetzt hatten, wegen Trump jetzt doch wieder zurückgewonnen hat. Und die Demokraten werden sich was anderes einfallen lassen müssen, als zu sagen, das ist ein Trump-Klon, wenn sie in einem Jahr die Zwischenwahlen nicht verlieren wollen.

Anja Schüler: Schauen wir noch mal ganz kurz auf New Jersey, da ist es für die Demokraten gerade noch gut gegangen, war aber knapp.

Martin Thunert: Ja, also Gouverneur Murphy, den vielleicht einige unserer Hörerinnen und Hörer noch als Botschafter Obamas in Deutschland kennen, von 2009 bis 2013, auch in Heidelberg hatten wir ihn mal als einen unserer Abschluss-Commencement-Sprecher, er ist damals sehr gut angekommen. Der hat es noch mal gerade geschafft mit einem hauchdünnen Vorsprung. Wenn man sich anschaut, dass Biden diesen Staat mit 16 Prozent Vorsprung gewonnen hat, dann haben die Republikaner fast 15 Prozent aufgeholt, aber es hat eben nicht ganz gereicht. Dann ist das ein fast noch größerer Schuss vor den Bug als Virginia, wo der Biden-Vorsprung nur eher 10 Prozent war, und die Republikaner dann eben 12 Prozent aufgeholt haben. Also bei New Jersey wissen wir noch nicht ganz genau, was da genau los war. Ich glaube, es gibt einige landesspezifische Dinge, aber generell ist New Jersey ein Staat und die von Ihnen, die sich vielleicht an eine Serie wie *Die Sopranos* erinnern, das ist ein Staat, wo das organisierte Verbrechen, ich will es jetzt nicht näher ausführen, durchaus nicht ganz machtlos ist, um es mal vorsichtig auszudrücken. Und da haben es die Republikaner geschafft, sowohl den Gouverneur als auch die Partei sozusagen auch an die Forderung, „Defund the Police“ also das Haushaltsbudget der Polizeibehörden und Apparate zu kürzen, zu heften. Und das ist, glaube ich, bei vielen, auch gemäßigten Wählern, die nicht Stammwähler der Republikaner sind, nicht gut angekommen. Das scheint mir einer der Gründe zu sein, die Gouverneur Murphy zu spät erkannt hat. Und ja, wie gesagt, sie können, glaube ich, im Moment Niederlagen in solchen Staaten verhindern, die Demokraten, wenn sie mehr sagen, als dass sie nur die Garantie sind, um Trump oder seine Klone zu verhindern. Sie müssen

jetzt ihre eigenen Themen wieder genauer vermarkten. Und sie müssen auch vor allen Dingen dahin gucken, wo gerade bei den Wechselwählern wirklich der Schuh drückt. Und das ist in vielen Bundesstaaten, nicht so viel anders wie in deutschen Ländern, eben genau die Bildungspolitik.

Anja Schüler: Lass uns doch mal einen Blick auf die Einwanderungspolitik werfen. Das stand ja auch noch auf der innenpolitischen Agenda, obwohl es natürlich auch so ein bisschen schon Richtung Außenpolitik geht. Die Biden-Regierung hat zwar die Finanzierung des Mauerbaus an der mexikanischen Grenze gestoppt und weist keine unbegleiteten Minderjährigen mehr ab, aber Kamala Harris hat bei Besuchen in Mittelamerika auch klargemacht, dass die USA ihre Grenzen sichern werde. Uns allen ist die Massendeportationen von Haitianern aus Texas vor zwei Monaten noch gut in Erinnerung. Wo liegen hier die Unterschiede zur Vorgängerregierung?

Martin Thunert: Also ich denke, der Hauptunterschied liegt zunächst darin, dass Biden und die Demokraten eine andere Linie, sagen wir mal humanitäre Linie, versprochen haben. Sowohl bei denen, die rein wollen ins Land, als auch bei denen, bei der Art und Weise, wie abgeschoben wird durch die Einwanderungspolizei ICE. Da haben sie den Eindruck vermittelt, dass also gerade in den Herkunftsländern der Migranten in Zentralamerika, wir reden hier überwiegend von El Salvador, Guatemala und Mexiko, tendenziell auch über Haiti hast du ja gerade eben gesagt, dass sich die Chancen für die Einreise deutlich verbessern würden. Und deswegen kamen und kommen noch deutlich mehr als im letzten Jahr Trumps. Dann bekommt Biden, das hast du eben auch schon angedeutet, von Teilen seiner eigenen Partei das Signal, er soll auch großzügiger sein und hässliche Bilder bei den Abschiebungen auch in den Grenzen verhindern. Was sich dann allerdings vielleicht nicht unbedingt gegen Neuankömmlinge richtet, aber vor allen Dingen die Rolle des ICE bei Abschiebungen, die wurde zurückgefahren. Und der weitere Unterschied zu den Republikanern ist, dass die Demokraten die elf bis vierzehn Millionen Bürger, die keine Amerikaner sind, die aber entweder irregulär irgendwann mal eingereist sind und geblieben sind und auch deren Kinder und Kindeskinde einen Weg zur Staatsbürgerschaft ebnen wollen. Und bei den Republikanern, da wollen das auch ein paar Leute, aber viel restriktiver. Und sie wollen das vor allen Dingen dann nur im Junktum mit stärkeren Grenzkontrollen. Und hier ist der größte Unterschied. Aber ich glaube, die Erwartungshaltung hat diese riesige Welle an Migranten, mit der sich Biden da jetzt konfrontiert sieht, vor allen Dingen ausgelöst. Aber ehrlich gesagt hat es, glaube ich keine westliche Regierung im Moment leicht, ob das Europa ist oder die USA. Wir sehen, was sich in Polen abspielt, was sich auf den griechischen Inseln abspielt. Man kann die Politik kritisieren, die Einwanderungspolitik einer jeden Regierung, aber sie besser zu machen, das ist einfach noch mal sehr, sehr, deutlich schwerer, wenn man seine eigenen Ideale und Prinzipien nicht total verraten will. Und vor diesem Dilemma steht auch Joe Biden.

Anja Schüler: Ja, wenn wir auf die außenpolitische Agenda schauen, dann steht sicherlich Afghanistan ganz oben. Joe Biden hat den von Donald Trump anvisierten

Abzug der amerikanischen Truppen durchgeführt, sogar ein bisschen früher noch als geplant. Das wiederum hat das Land im Chaos zurückgelassen, und das Ganze war streckenweise auch flankiert von gefühlloser Rhetorik seitens Biden. Wie müssen wir das einordnen?

Martin Thunert: Ja, ich glaube, das trägt dazu bei, dass eins von Bidens Hauptargumenten, dass mit ihm und seiner Administration wieder die Profis oder die Erwachsenen, wie es oft genannt wurde, an die Hebel der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsmacht zurückkehren, dass das mittlerweile auch bei engen Alliierten, in Deutschland nur sehr verhalten, aber relativ offen in Großbritannien und noch offener in Frankreich, dass das in Zweifel gezogen wird. Denn man kann diesen Abzug nicht anders als nur völlig chaotisch nennen, alle, die das im August erlebt haben, haben das gesehen. Dazu kommt seine sehr seltsame Rhetorik auch gegenüber der jetzigen afghanischen Regierung. Das war einfach sehr unprofessionell, und das hat nichts damit zu tun, dass die Mehrheit der Amerikaner den Abzugsbeschluss an sich für richtig hält. Aber die Art und Weise, das war nicht so, wie eine Weltmacht sowas eigentlich managen sollte. Da waren die Reminiszenzen an Vietnam 1975, als die letzten Amerikaner auf dem Dach der Botschaften in einen Hubschrauber springen. Die waren praktisch wieder da, diesmal auf dem Kabuler Flugplatz. Die Fehler, die Biden bei dem Management des Abzugs, aber auch danach, vor allem im Umgang mit Frankreich bei der Bekanntgabe des U-Boot-Deals mit Australien und Großbritannien gemacht hat, die sind einfach unverzeihlich und beschädigen eben diesen Nimbus, dass hier die Profis am Werk sind. In Deutschland ist die Kritik daran eher verhalten, dass ich eben die, die jetzige oder die alte Bundesregierung, bei der neuen weiß ich noch nicht so genau, freut, dass Biden sich über die Beschlusslage des US-Kongresses, wonach Nordstream 2 verhindert werden sollte, zugunsten der Interessen Deutschlands hinweggesetzt hat. Und er hat so Putin, den er noch im März dieses Jahres einen Killer genannt hat, in einem Interview, einen enormen Propaganda-Erfolg ermöglicht. Biden ist es einfach hier wichtiger, nicht Deutschland oder die deutsche Regierung zu verstimmen, als etwa nicht die Ukraine, Polen oder die baltischen Länder zu verprellen, die mit dieser Nordstream-Entscheidung eigentlich gar nicht einverstanden sind. Und gleichzeitig hat Biden ja schon bei seinem letzten Besuch in Europa die aktuellen Spannungen mit der EU für eine Zeit entschärft, indem er zum Beispiel jetzt nach langem Zögern seit dem 08.11., also seit wenigen Tagen, wieder Europäer einreisen lässt. Und er hat auch die Strafzölle, die von Trump auf Stahl und Aluminium erhoben worden sind, nicht abgeschafft, aber bis auf Weiteres ausgesetzt. Dennoch, glaube ich, ist in sehr vielen Hauptstädten Europas eine enorme Ernüchterung über die Biden-Administrationen zu verspüren. Man sieht das eigentlich fast überall, außer vielleicht in Deutschland oder bei Frau von der Leyen in Brüssel, meiner Ansicht nach. Hier ist Trump, hier ist die Erleichterung über Trumps Abgang immer noch überwiegend. Und die Biden-Administration wird manchmal immer noch im Status eines Halbgotts gesehen, meiner Ansicht nach. Ich sage das mal ein bisschen polemisch.

Anja Schüler: Ja, du hast es eben schon erwähnt, Biden war in Europa angereist nach dem Papstbesuch, angereist für den Klimagipfel in Glasgow. Kurze Frage zum Schluss: Welche Figur macht die Biden-Administrationen bei diesem Klimagipfel?

Martin Thunert: Das ist eine ambivalente Geschichte. Also Biden selber hat eine Rede gehalten, und ich glaube, diese Allianz von Staaten, die diesen Methangas-Ausstoß begrenzen wollen, dem kann er sich anheften. Ich glaube, dass die Interessen eine Mindestbesteuerung, dass das nicht der Aktivität der Biden-Administration geschuldet ist, sondern hier haben tatsächlich Deutschland unter Herrn Scholz als Finanzminister, sein Kollege Latour in Frankreich, in Italien Draghi und selbst die Briten, die das auch wollten, die Sache eigentlich vorangetrieben, bevor Biden auftauchte. Und allerdings, er hat mit Frau Yellen eine Finanzministerin ernannt, die das auch gemacht hat. Also in Glasgow selbst hatte ich nicht den Eindruck, dass die Presse sagt „hier ist ganz klar amerikanische Führungskraft zu sehen.“ Er hat eine solide Rede gehalten. Aber er hat, glaube ich, die Abwesenheit von Chinas Präsidenten und auch von Putin nicht genutzt. Und ich bin nicht sicher, wie man beurteilen wird, dass vor ein paar Tagen jetzt plötzlich Obama in Glasgow aufgetaucht ist, der Ex-Präsident, auch in enger Verbindung mit dem Klimazar von Biden, John Kerry. Und ich könnte mir vorstellen, dass man das auch so werten kann, dass Obama findet, dass die Autorität Bidens nicht ausreicht oder nicht ausgereicht hat oder nicht ausreichen wird, einen Klimadeal mit allen Ländern hier voranzubringen, der tatsächlich an dem 1,5- oder 1,8-Ziel festhalten wird. Also deswegen würde ich sagen, die Biden-Administration, um an die Überschrift anzuknüpfen der Sendung heute, ist in gar keinem Fall gescheitert. Sie wäre noch nicht mal gescheitert, wenn die Demokraten die Zwischenwahlen verlieren. Aber sie muss ihre Ambitionen möglicherweise etwas zurückstecken, und sie muss jetzt sehen, dass sie für die Zwischenwahlen, aber auch für danach, eine *Message* hat, die mehr ist als einfach „Wir sind gegen Trump.“ Das hat nicht gereicht, das müssen sie jetzt sehen. Und deswegen werden die nächsten Monate sehr entscheidend für den Ausgang der Zwischenwahlen. Die Geschichte sagt, dass fast immer die Partei des Präsidenten bei den Zwischenwahlen verliert. Das würde fast zwangsläufig dazu führen, dass die Demokraten ein Haus verlieren. Aber es ist eben auch kein Naturgesetz. Wir haben es auch gesehen, wie es einmal Bill Clinton, noch einmal George W. Bush nach 9/11 geschafft hat, trotz dieses angeblichen Gesetzes, die Zwischenwahlen nicht zu verlieren. Also es ist noch alles offen. Aber die Präsidentschaft von Joe Biden, ich glaube, sie schlingert. Und in der Außenpolitik hat sie auch stark irritiert. Er muss jetzt zusehen, das liegt ganz stark an ihm, wieder in die Spur zu kommen. Auf die Hilfe der Republikaner sollte er da nicht allzu viel hoffen.

Anja Schüler: Ja, ganz herzlichen Dank, Martin Thunert, für diese erste Bilanz der Biden-Präsidentschaft ein Jahr nach der Wahl. Du hast es eben gesagt: die nächsten Monate werden wahrscheinlich entscheidend sein für das Gelingen oder Straucheln dieses Präsidenten. Und das werden wir hier im HCA-Podcast natürlich im Auge

behalten. Und das war die aktuelle Folge von Quo Vadis USA? Unser Podcast wird am Heidelberg Center for American Studies produziert, mit freundlicher Unterstützung der Jakob Schurman-Stiftung. Redaktion Welf Werner und Anja Schüler, Technik Julian Kramer, Audio Logo Thomas Steinbrenner. Mein Name ist Anja Schüler, und ich verabschiede mich von Ihnen mit Dank für Ihr Interesse. In zwei Wochen gibt es eine neue Folge unseres Podcasts, und wir freuen uns, wenn Sie auch dann wieder Reinhören. Bleiben Sie uns also treu, und bleiben Sie gesund!